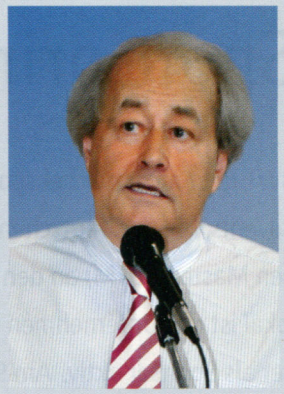
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahårungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Die Quittung

Als „Quittung für die Brüsseler Machtherrlichkeit" hat Stefan Aust das Brexit-Votum in einem „Welt"-Kommentar bezeichnet. Der frühere „Spiegel"-Chefredakteur weiter: „Keine Frage, der Brexit ist mehr als die Gelbe Karte für die selbstgerechten Europa-Spieler, ob sie nun in Brüssel sitzen oder in Paris oder Berlin. Ob sie nun aufwachen, wird darüber entscheiden, ob aus dem Ausscheiden des Vereinigten Königreiches aus dem europäischen Bund nun ein allgemeiner Exitus wird, ein Zerbröseln der großartigen Idee durch ihre lausige Umsetzung. Wenn die Regierenden Europas Probleme nicht mehr benennen und wenigstens zu lösen versuchen, sondern sie aussitzen, gepolstert mit dem Geld der Steuerzahler aus Deutschland, England, Frankreich und den Niederlanden, dürfen sie sich über Exit-Strategien nicht wundern. Wenn die Außengrenzen Europas nicht gesichert werden, darf sich niemand beklagen, wenn sich einige Staaten selbst einigeln und etwa die Balkanroute auf eigene Faust schließen. Wenn demonstrativ großartige humane Gesten am Ende zur Kriechtour beim türkischen Autokraten Erdogan verkommen, hat sich die Politik selbst als hohle Geste entlarvt. Vielleicht haben die unberechenbaren Briten den Europäern sogar einen großen historischen Gefallen getan."

Trotzdem weiter so?

Der britische Premierminister hat den Ausgang des Referendums auf die Flüchtlingspolitik der EU zurückgeführt. Die Angst vor einer unkontrollierten Masseneinwanderung habe am Ende bei den Wählern den Ausschlag gegeben. Letztlich zielt dieser Vorwurf jenseits der diplomatischen Verbrämung natürlich auf die Welcome-Politik der Bundeskanzlerin. Die EU ist dagegen nicht wirklich an der Ursachenforschung interessiert. Vor allem Juncker und Schulz setzen scheinbar unbekümmert auf ein „Weiter so". Der wachsende Widerstand in der Bevölkerung der Mitgliedsländer gegen weitere Machtverlagerungen nach Brüssel wird schlicht verdrängt. Stattdessen setzt man unverändert auf „Vollendung" und „Vertiefung", also auf forcierte Zentralisierung. Die „Neue Osnabrücker Zeitung" kommentierte das erste Treffen nach dem Brexit so: „Beim EU-Gipfel ist von einer großen Reform, die die EU wirklich verändern, menschennäher und weniger bürokratisch machen könnte, nicht die Rede. Dabei haben die Briten deutlich gemacht, dass sie mit der EU in der jetzigen Form nichts mehr zu tun haben wollen. Das war ein Denkzettel im Namen der europäischen Bürger. Doch die Staats- und Regierungschefs setzen auf den alten Reflex, sprich mehr Integration. Das wird nicht gut gehen. Damit legen die Europäer die Basis für neue Niederlagen - etwa bei Referenden in anderen Ländern."

Zurück zur Wirtschaftsunion

Der Euro-kritische Buchautor Marc Friedrich weist darauf hin, dass die EU mit Großbritannien den nach Deutschland und Frankreich drittgrößten Nettozahler, etwa 20 % ihrer Wirtschaftskraft, die zweitgrößte Volkswirtschaft, die drittgrößte Bevölkerung und das europäische Finanzzentrum London verliere. Außerdem einen seiner wichtigsten Verbündeten und Verfechter einer liberalen Wirtschaftspolitik. Letztlich sei nicht Europa gescheitert, sondern die EU mit ihrer Fassadendemokratie. Friedrich weiter: „Der Brexit ist der Anfang vom Ende der EU und des Euros. Die Zerfallserscheinungen sind nicht mehr zu übersehen. Man kann nur hoffen, dass die Protagonisten den Warnschuss gehört haben und endlich die längst überfälligen und notwendigen Veränderungen durchführen. Wir benötigen keine politische und keine Währungsunion, sondern eine starke Wirtschaftsunion. Europa als Friedensprojekt und Gemeinschaft ist nicht gescheitert – ganz im Gegenteil. Wenn jetzt die richtigen Lehren aus dem Scheitern der EU und den Wünschen der Menschen gezogen werden, kann ein kerngesundes Fundament für die Zukunft aufgebaut werden. Umgekehrt gilt, wenn heute nicht aus der Entscheidung des britischen Volkes die richtigen Konsequenzen gezogen werden und von den Politikern nicht erkannt wird, dass der Euro unseren Wohlstand peu a peu auffrisst und Europa trennt anstatt es zu einen, und dass die irrsinnige Politik der Europäischen Zentralbank sich gegen die Menschen richtet, dann wird die EU, aber auch die europäische Idee, gnadenlos scheitern."

Die Lehren

Der Ökonom Thomas Mayer empfiehlt, aus dem Brexit folgende Lehren zur Verhinderung von Kettenreaktionen zu ziehen: „Um dies zu vermeiden, müssten die bestehenden EU-Programme auf ihre Bürgerverträglichkeit geprüft werden. Bei der Währungsunion müsste die finanzielle Umverteilung unter Euroländern über Beistandsprogramme und die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) klar begrenzt werden. Bei der Bankenunion müsste der Vergemeinschaftung der Haftung durch eine gemeinsame Einlagenversicherung ein Riegel vorgeschoben werden. Der Fiskalunion durch Steuerharmonisierung und Vergemeinschaftung der Staatsfinanzierung durch die EZB-Ankaufprogramme müsste eine Absage erteilt werden. Und schließlich müsste der Entstehung einer Sozialunion durch Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme entgegengetreten werden. All dies wird nicht ohne eine Einhegung des Europäischen Gerichtshofs abgehen, der durch seine integrationsfreundliche Auslegung des Europarechts gewachsene nationale Rechtsnormen aushöhlt. Nationale Parlamente müssen die Herren über die EU-Institutionen bleiben. Diese Institutionen und das Europäische Parlament dürfen sich nicht immer weitere Kompetenzen anmaßen."